

NRW blendet Borreliose aus Europa blendet Borreliose ein

20.02.2018. Reinheim. Zur gleichen Zeit, während der Unterausschuss im Europaparlament über Lyme-Borreliose in den Mitgliederstaaten diskutiert, kündigt das Gesundheitsministerium von NRW dem Borreliose und FSME Bund Deutschland (BFBD), dass es auf weitere Eingaben der Patientenorganisation nicht mehr antworten werde.

Am 1. Februar berichtete John F. Ryan, Leiter der Abteilung für übertragene Krankheiten innerhalb der Europäischen Kommission über die Problematik der Lyme- Borreliose in allen Mitgliederstaaten. Von den 20 deutschen Ausschussmitgliedern meldete sich einzig Gesine Meissner, FDP, zu Wort und bestätigte die Ausführungen von Ryan auch für Deutschland. Bereits 2005 gehörte sie dem Landtag Niedersachsen an, als dieser am 18. Mai in seiner 61. Sitzung über notwendige Maßnahmen für Lyme-Borreliose diskutierte; unter Leitung von Ursula von der Leyen als damalige Sozialministerin. Mit dem folgenden Politikwechsel war das Thema für Niedersachsen jedoch bis heute ausgeblendet.

Ähnlich versucht nun NRW. Obwohl Ministerpräsident Armin Laschet der Patientenorganisation im Mai 2017 schriftlich signalisierte, dass man sich nach gewonnener Wahl „fachlich und inhaltlich“ mit Lyme-Borreliose in NRW, vor allem mit einer Meldepflicht wie schon in neun der Bundesländer auseinandersetzen wolle, kam jetzt die Absage durch Ministerialdirigentin Regine Kämmerer, man werde weitere Schreiben der Patientenorganisation nicht mehr beantworten.

Anlage: Schreiben Armin Laschet, Schreiben Regina Kämmerer, Bericht von der EU-Aussprache am 1. Februar 2018

Kontakt für die Medien:

Ute Fischer

Tel. 06162-911986

ute.fischer@borreliose-bund.de